



SGV e.V. • Geschäftsstelle • Licher Str.19 • 35447 Reiskirchen

An die Medien
Großer Presseverteiler

Per Email

Datum 24.07.2015

Ihr Schreiben
Ihr Aktenzeichen

SGV Geschäftsstelle
Licher Straße 19
35447 Reiskirchen
Tel. 06408 / 610540
Fax 06408 / 968628
info@sgv-ev.de
www.sgv-ev.de

Neue mittelhessische Fernwasserleitung ist unzulässig und zu stoppen – SGV veröffentlicht ihren Brandbrief an Ministerin Priska Hinz

Kopie des Brandbriefes in der Anlage

Vorsitzende
Cécile Hahn

2. Vorsitzende
Gabriele Geiß

Schriftführer
Walter Pfeifer

Schatzmeister
Peter Weiß

Beisitzer
Gudrun Huber-Kreuzer
Dr. Wolfgang Drenthöfer
Matthias Kalkhof
Beate Werm

Sehr geehrte Damen und Herren,

die SGV bittet Sie, die u.a. Pressemitteilung zu veröffentlichen. Zusammen mit dieser Mitteilung an die Medien erhalten Sie den SGV-Brandbrief an Ministerin Hinz (s. Anlage). Diesem können Sie die Hintergründe der SGV-Forderungen und deren fachliche Grundlagen entnehmen.

MITTEILUNG AN DIE MEDIEN

Sie ist gesetzeswidrig, wurde mit einer falschen Begründung erlangt und widerspricht der umweltschonenden Grundwassergewinnung: die Baugenehmigung für die neue Fernwasserleitung zwischen den Versorgungsnetzen der OVAG und des ZMW (Zweckverband Mittelhessischer Wasserwerke) hätte vom RP Gießen in der vorliegenden Form niemals erteilt werden dürfen. Sich dessen anscheinend bewusst, hat die GbR aus OVAG und ZMW sofort mit dem Bau begonnen. Je weiter dieser voranschreitet, desto höher dürfte die Entschädigungssumme sein, auf die die Investoren im Fall eines behördlich verordneten Baustopps wohl hoffen.

Dies dürfte einer der wesentlichen Gründe sein, warum die zuständigen Behörden tatenlos zuschauen, obwohl sie die Genehmigung eigentlich auf Eis legen müssten. Denn schon bei der Antragstellung war klar, dass die Leitung, die angeblich für das Absichern der Wasserversorgung Rhein-Main dringend benötigt wird, lediglich dem kommerziellen Vermarkten von mittelhessischem Grundwasser und niedrigen Wasserpreisen z.B. in Frankfurt dient. Die Wasserversorgung des Ballungsgebietes würde durch sie dagegen eher nachhaltig beschädigt als verbessert, da im Zuge der ZMW-Lieferungen Frankfurter Brunnen geschlossen werden sollen. Das ökologische Risiko für die mittelhessischen Gewinnungsgebiete würde dagegen erheblich steigen.

Im Juni 2015 hat die OVAG selbst erneut bestätigt, dass sie das ZMW-Wasser zur Sicherstellung ihrer Wasserlieferungen nach Rhein-Main nicht benötigt. Dennoch hatte die GbR aus ZMW und OVAG ihren Antrag auf Leitungsbau mit Defiziten bei der Versorgung von Rhein-Main begründet. Damit investieren die beiden Gesellschaften mehr als 12 Mio. Euro in ein sehr unsicheres Projekt. Zudem hat der Wasserverband Kinzig (WVK) erneut vorgerechnet, dass er höhere Gewinnungspotentiale besitzt, als von der Hessenwasser GmbH, der zentralen Versorgungsgesellschaft für Rhein-Main, vorgespiegelt wird. Da der WVK zur Eigenversorgung Frankfurts zählt, und da die Eigenversorgung grundsätzlich Vorrang vor einem Fernwasserbezug hat, spricht auch diese Erweiterung der Frankfurter Bezugsmöglichkeiten eindeutig gegen den Leitungsbau.

Mit ihrer Behauptung, der ZMW würde nach Rhein-Main nur ‚Überschusswasser‘ verkaufen wollen, setzen ZMW, Hessenwasser und Stadt Frankfurt dem Leitungsbau zudem eine makabre Krone der Unsachlichkeit auf. Denn laut Gesetz darf nur so viel Grundwasser gefördert werden, wie bei sparsamen Verbrauch tatsächlich benötigt wird - ‚Überschusswasser‘ kann es weder aus wasserwirtschaftlicher noch aus naturschutzfachlicher oder juristischer Sicht geben. Mit dem Leitungsbau unterlaufen die beteiligten Unternehmen und die Verbrauchsgebiete somit nicht nur gesetzliche Vorgaben, sondern torpedieren auch die dringend notwendige Etablierung und Weiterentwicklung der umweltschonenden Grundwassergewinnung.

Dass die zuständigen Behörden und das hessische Umweltministerium als oberste Wasser- und Naturschutzbehörde trotz mehrfacher Anmahnungen der Schutzgemeinschaft Vogelsberg e.V. (SGV) in dieser Situation stillhalten, ist geradezu skandalös. Der Leitungsbau ist zu einer Kardinalfrage der hessischen Wasserwirtschaft geworden und verlangt eine politische Grundsatzentscheidung für oder gegen das Abwerten des kostbaren Grundwassers zur Handelsware und damit für oder gegen die umweltschonende Grundwassergewinnung. Die SGV fordert daher alle Beteiligte nunmehr ultimativ auf, den Leitungsbau umgehend zu stoppen, um die Hintergründe desselben korrekt aufzuarbeiten und dann neu zu entscheiden. Sie hat an die hessische Umweltministerin Priska Hinz einen entsprechenden Brandbrief gerichtet, der auch den Regierungspräsidien vorliegt, und der hiermit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

Mit freundlichen Grüßen

Cécile Hahn, Vorsitzende der SGV

Anlage: Offener Brandbrief der SGV an Staatsministerin Priska Hinz